

AUSSCHREITUNGEN BEI GAY-PRIDE IN LITAUEN

Flaschen und Steine gegen Homos

500 Meter weit und stark bewacht durften die Schwulen und Lesben in Vilnius auf der ersten Gay-Pride marschieren. Gegner warfen Steine und Feuerwerkskörper.

VON REINHARD WOLFF



Der homophobe Parlamentsabgeordnete Kazimieras Uoka musste von der Polizei abgeführt werden. Foto: ap

STOCKHOLM taz | Nach einigem juristischem Hin und Her, politischem Druck aus verschiedenen EU-Ländern und unter massivem Polizeiaufgebot konnte sie am Sonnabend dann doch noch stattfinden: Litauens erste Gay-Pride. Unter dem Motto „Für Gleichheit“ und mit Transparenten wie „Wir marschieren für die, die es nicht können“, zogen mehrere hundert Teilnehmer in der Hauptstadt Vilnius auf einer von 800 Polizeibeamten hermetisch abriegelten Strecke von 500 Metern am Ufer der Neris entlang.

Zwei- bis dreitausend Gegendemonstranten protestierten mit Parolen wie „Tod den Schwulen“, „Homo-Nazis“, „Päderasten“ und „Litauen den Litauern“. Hierunter nicht nur Neonazis und Rocker, sondern beispielsweise auch mehrere Parlamentsabgeordnete und der stellvertretende Bürgermeister von Litauens zweitgrößter Stadt Kaunas, Stanislovas Buškevičius. Dieser wurde im Verlauf der Gegendemonstration ebenso wie der Parlamentsabgeordnete Petras Gražulis und mehr als ein Dutzend weiterer Demonstranten zeitweise festgenommen, nachdem aus der Menge Steine, Flaschen und Feuerwerkskörper geworfen worden waren.

Ber auch auf der Gegenseite zeigten sich litauische Parlamentarier wie Rokas Žilinskas von der rechten „Nationalen Wiedergeburt“. Der ließ sich demonstrativ mit der Regenbogenflagge fotografieren, „um zu zeigen, dass Litauen nicht nur homophob ist“. Die Sozialdemokratin und Philologieprofessorin Marija Aušrinė Pavilionienė bezeichnete das Zustandekommen der Gay-Pride als Beweis dafür, dass Litauen nun ein wirklich demokratischer Staat geworden sei.





Am Ufer der Neris und von der Polizei abgeschirmt durfte die Gay-Pride 500 Meter weit ziehen. Foto: ap

Von den in Vilnius anwesenden ausländischen Politikern bezeichnete der deutsche Grünen-Abgeordnete Volker Beck das Baltikum als „Hot Spot im Kampf für die Menschenrechte von Lesben und Schwulen in der EU“. Die schwedische Europaministerin Birgitta Ohlsson forderte alle europäischen Politiker, gleich ob rechts oder links zu einem „Coming out“ für die Verteidigung der Rechte von Homosexuellen auf. Der britische Labour-Europarlamentarier Michael Cashman meinte: „Wir haben heute ein Fenster der Hoffnung geöffnet und müssen nun weiter dafür kämpfen, um eine Gleichbehandlung zu erreichen.“

Davon sind Schwule und Lesben im katholischen Litauen noch weit entfernt. Drei Viertel der Bevölkerung wollten laut Meinungsumfragen die Gay-Pride gestoppt sehen. Ein vor zwei Monaten in Kraft getretenes „Moralgesetz“, das „positive Informationen“ über sexuelle Beziehungen und Familienkonstellationen verbietet, die nicht mit der litauischen Verfassung vereinbar seien, galt Parlamentsabgeordneten und Medien als Argument für ein Verbot der erstmals in Litauen stattfindenden „Baltic Pride“.

Diese turniert jährlich zwischen den drei baltischen Staaten. Auch in Lettlands Hauptstadt Riga war sie im vergangenen Jahr zunächst verboten worden und konnte dann nur unter massivem Polizeischutz und mit dreimal mehr Gegendemonstranten als Teilnehmern veranstaltet werden. 2011 soll sie in Tallinn stattfinden, und in drei Jahren wieder in Vilnius. Am Wochenende wurde gemeldet, dass die für nächstes Wochenende in Weißrusslands Hauptstadt Minsk im Zusammenhang mit der „Slavic Pride“ geplante Parade von der Stadtverwaltung verboten wurde. Die Veranstalter wollen das Verbot gerichtlich anfechten.
